



### Streiflichter

Der polnische Sejm hat nach einer langen Sitzung, die sich durch die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erstreckte, mit 260 gegen 139 Stimmen die neue Verfassung angenommen. Diesem entscheidenden Beschluß ist ein langer Kampf vorausgegangen, der sich letzten Endes um eine formale Auslegungsfrage drehte. Die Opposition vertrat nämlich den Standpunkt, daß auf Grund der bisher geltenden Verfassung die Aenderung einer Zweidrittelmehrheit im Sejm bedürfe. Demgegenüber verfolgt die Regierung und die Wisludski-Mehrheit in der Kammer die Meinung, daß zur engültigen Verabschiedung der neuen Verfassung auch die einfache Mehrheit genüge. In der Praxis bedeutet die Annahme der neuen Verfassung das Ende des bisherigen Parlamentarismus in Polen nach westlichem Format. Der Sejm wird zwar auch weiter aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, aber beschließende Funktionen wird er nicht mehr ausüben. Er behält zwar das Recht der Gesetzesinitiative, ist aber lediglich nur noch eine beratende Körperschaft, deren Meinungsäußerungen die Regierung zur Kenntnis nimmt und nach eigenem Ermessen berücksichtigt und verwertet. Der Senat ist hinfür ein Instrument in der Hand der Regierung, da er sich zu zwei Dritteln aus Polen zusammensetzt, die mit dem Tapferkeitsorden im Kriege ausgezeichnet wurden. Das letzte Drittel wird vom Staatspräsidenten ernannt. Auch die Rechte des Staatspräsidenten sind erweitert. Die Regierung, die er ernannt und nach eigenem Ermessen erläßt, ist nur ihm verantwortlich. Mit der neuen Verfassung hat sich auch Polen von dem demokratisch-parlamentarischen System abgewandt und zu den Formen straffter autoritärer Staatsführung bekehrt. Die Bewegung, die die Systeme der Staatsführung nach 1919 in Europa grundfänglich ändert, hat also nun auch im Osten Europas an einer entscheidenden Stelle Boden gewonnen. Wir stehen zweifellos in einer geschichtlichen Umschichtung, die das Gesicht des politischen Lebens vollkommen umzugestalten beginnt.

Der Verlauf der letzten belgischen Regierungskrisen ist insofern bemerkenswert, als auch in diesem Land, das zwischen die westlichen parlamentarischen Demokratien gewissermaßen eingeklemmt ist, die Bestrebungen immer stärker hervortreten, die Regierung nicht mehr ausschließlich den Händen von Parlamentariern anzuvertrauen, sondern auch führende und kenntnisreiche Persönlichkeiten der Wirtschaft miteinzubeziehen. Als im November vorigen Jahres das letzte Kabinett Brocqueville zurückgetreten war, tat der mit der Neubildung der Regierung beauftragte frühere Außenminister und Ministerpräsident Jaspar gleich zu viel des Guten, indem er in die wirtschaftlichen Ministerien Männer aus der Schwerindustrie und Großfinanz ins Kabinett berief. Da der König hierin eine zu starke Belastung der Politik erblickte, scheidete Jaspar. Theunis hat in seinem Kabinett eine bessere Mischung zwischen Politik und Wirtschaft durchzuführen versucht, aber auch er ist bereits nach vier Monaten gescheitert. Nunmehr hat der König einen Richtparlamentarier und Wirtschaftler mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Nachdem der Präsident der Nationalbank, Frank, abgelehnt hatte, berief der König den Vizepräsidenten van Zeeland, der bereits im letzten Ministerium Brocquevilles Minister ohne Portefeuille gewesen ist. van Zeeland ist nicht nur aktiver Finanzpolitiker, sondern auch ein bekannter Finanz- und Währungstheoretiker, der über Probleme auf diesem Gebiete eine Reihe von Büchern verfaßt hat. Da ein Teil der chronischen wirtschaftlichen und politischen Krise durch die Währungsschwierigkeiten begründet ist, in denen sich der Belgia seit einiger Zeit befindet, liegt es auf der Hand, einem Finanzfachmann die Gestaltung der künftigen Währungspolitik und die Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Belgien anzuvertrauen. Wenn auch die neue Regierung sich auf die drei Hauptparteien der belgischen Kammer, die Katholiken, Liberalen und Sozialisten stützen will, ist es doch ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß nunmehr auch an dieser Stelle Europas der reine Parlamentarismus in die zweite Reihe gedrängt worden ist.

Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt, um den seit längerem in der amerikanischen Öffentlichkeit ein heftiger Kampf geführt wird, hat zunächst noch einmal einen bemerkenswerten Sieg davongetragen. Sein sogenannter „Nothilfe-Plan“, der die Ausweitung von nahezu 5 Milliarden Dollar für Zwecke der Arbeitsbeschaffung vorsieht, ist im Senat schließlich angenommen worden. Allerdings nicht vorbehaltlos. Der Senat hat eine ganze Reihe von Aenderungen an dem ursprünglichen Projekt vorgenommen, die es notwendig machen, daß die Vorlage an das Repräsentantenhaus zurückgeht und dort noch einmal beraten wird. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß diese Nothilfevorlage Roosevelts eines Tages das amerikanische Währungsproblem neu aufrollen wird. Die Frage ist nur, in welchem Sinne. Beunruhigung hat jedenfalls die weitere Entwertung des englischen Pfundes und das Abgleiten des Belga hervorgerufen, beides Vorgänge auf dem

### Tagespiegel.

Die Berliner Besprechungen mit den englischen Ministern dauerten den ganzen Dienstag über an und wurden am Abend abgeschlossen. Die Abreise Sir John Simons erfolgt heute.

Auf der Reichstagung der Deutschen Arbeitsfront verkündete Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht die Einbeziehung der gewerblichen Wirtschaft in die D.M.G. und die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft.

Ein Erlass des Führers und Reichsführers bestätigt das Einigungswort mit der D.M.G.

Vom Kriegsgericht in Rowno wurde im Memellandprozeß ein Tendenzurteil schlimmster Art gefällt. Vier Memelländer wurden zum Tode verurteilt, die übrigen erhielten zusammen 260 Jahre Zuchthaus.

In Belgien wurde das neue Kabinett von dem Gouverneur der Nationalbank von van Zeeland gebildet; es besteht aus Katholiken, Sozialisten und Liberalen und besitz eine starke Mehrheit im Parlament.

internationalen Valutenmarkt, die Rückwirkungen auf die amerikanische Wirtschaft und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ausüben müssen. Der Präsident ist sowohl von den Abwertungsfreunden wie von den Vertretern einer Stabilisierung des Dollars bestirmt worden, in der einen oder anderen Richtung eine Entscheidung zu fällen. Die Erklärung, die er daraufhin abgab, war etwas doppeldeutig. Er erklärte, daß er an der Währungspolitik nichts ändern wolle, behauptete gleichzeitig aber auch, daß der Dollar noch nicht billig genug sei. Wenn Roosevelts glaube, damit beide Parteien beruhigen zu können, hatte er sich gefälscht. Seine Erklärung löste erst recht Unruhe aus und er sah sich veranlaßt, die Absicht etwaiger weiterer Währungsexperimente dementieren zu lassen. Die Währungsfrage ist aber nicht die einzige, die den Streit um die Politik Roosevelts nicht zur Ruhe kommen läßt. Nicht minder heftig befehdet wird seine A.N.A.-Politik. Die Verfassungsmäßigkeit der auf sie bezüglichen Gesetzgebung, namentlich soweit die auf ihrer Grundlage zustande gekommenen Kollektivverträge in Betracht kommen, wird bestritten, und auch die landwirtschaftliche Gesetzgebung wird für ungesetzlich erklärt. Schließlich stößt die Außenhandelspolitik des Präsidenten auf scharfe Kritik. Der italienisch-amerikanische Handelsvertrag, der eine Reihe von Zollherabsetzungen brachte, hat einen Sturm von Protesten ausgelöst. Die amerikanische Industrie ist an die hohen Zollmauern, die ihr nun schon seit Jahrzehnten einen außerordentlichen Schutz bieten, gewöhnt und kann sich in andere handelspolitische Gedankengänge nicht hineinfinden. Die Volkstimmung in den Vereinigten Staaten ist leicht zu bewegen, aber sie schlägt auch leicht wieder zurück. Das hat Roosevelts Vorgänger, Herbert Hoover, erfahren müssen.

### Der deutsche Standpunkt

Zu den deutsch-englischen Verhandlungen in Berlin

Es ist begreiflich, daß in diesem Augenblick, in dem die Besprechungen, die zwischen dem Führer, dem Reichsaußenminister Baron v. Neurath und dem Beauftragten der Reichsregierung für Völkerverträge, Herrn von Ribbentrop einerseits, dem englischen Außenminister Sir John Simon, Lordsegelbewahrer Eden und dem englischen Völkervertragsminister Sir Eric Phipps andererseits stattfinden, noch im Gange sind, über ihren Verlauf oder gar ihr Ergebnis noch nichts ausgesagt werden kann. Ueberhaupt sollte man sich von vornherein klar darüber sein, daß ein Ergebnis im Sinne irgendwelcher Abmachungen nicht zu erwarten ist, weil es gänzlich beabsichtigt war. Sir John Simon hat vor seiner Abreise von London ausdrücklich hervorgehoben, daß sein Besuch in Berlin zu informativen Zwecken erfolge. Das entspricht auch durchaus der Auffassung, die in den Kreisen der deutschen Staatsmänner vertreten werde. Beide Teile werden, jeder dem anderen, die eigene Einstellung zu den großen europäischen Problemen und die Motive für diese Einstellung darlegen, und man wird sich freimütig und ausführlich über die mutmaßlichen Auswirkungen der Vorschläge aussprechen, die für die Lösung dieser Probleme vorliegen.

Es liegt nach allem, was vorangegangen ist, nahe, daß die Grundlage der Berliner Verhandlungen das Londoner Communiqué vom 3. Februar 1935 ist. Durch den letzten englisch-deutschen Weichenwechsel ist ja noch einmal festgestellt worden, daß England auf die Erörterung der fünf Punkte dieses Communiqués Wert legt und daß Deutschland seine Bereitwilligkeit zu einer Diskussion auf dieser Grundlage aufrecht erhält. Die deutsche Auffassung zu den

einzelnen Verhandlungsthemen ist wiederholt so eindeutig klar umrissen worden, daß es nicht schwer ist, sich vorzustellen, was den englischen Gästen vorgetragen wird.

In der Rüstungsfrage, die durch das deutsche Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 in tatsächlicher Hinsicht wesentlich bereinigt wurde, besteht kein Zweifel darüber, daß das Deutsche Reich nach wie vor zum Abschluß einer allgemeinen Rüstungskonvention, auch mit dem Ziele einer Rüstungsbegrenzung oder Einschränkung bereit ist, allerdings immer unter der Voraussetzung, daß alle Staaten von ihr in gleichem Umfange getroffen, mit dem Maßstab des gleichen Rechts gemessen werden und daß die individuelle Lage der einzelnen Länder dabei die gebührende Berücksichtigung findet.

Was den Ostpaktplan anbetrifft, so hat Deutschland seinen Willen zum Frieden auch nach Osten hin bereits zur Genüge bekundet. Der deutsch-polnische Freundschaftspakt darf als einer der wertvollsten Garantien dieses Ostfriedens gelten. Im übrigen besteht noch immer der Berliner Vertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland, dessen friedensicherer Charakter nicht in Zweifel gezogen werden kann. Die Bedenken, die deutscherseits — und übrigens ja nicht nur von Deutschland sondern auch von Polen — gegen den Ostpakt erhoben werden, richten sich vor allem gegen den Grundgedanken der „assistance mutuelle“, der in dem Barthouschen Entwurf enthalten ist. Deutschland wünscht nicht in Streitigkeiten hineingezogen zu werden, die uns nichts angehen. Das wäre aber die automatische Folge von Abmachungen, wie sie in dem vorliegenden Plan konzipiert sind. Im übrigen ist Deutschland auch nicht damit einverstanden, daß als Garantien des Ostpaktlandes Staaten eingeschaltet werden sollen, die territorial am Problem des Ostfriedens gänzlich interessiert sind. Diese Erweiterung bringt für die Befriedung GesamtEuropas neue Gefahren mit sich. Recht treffend hat schon am 1. Februar der polnische Außenminister Beck im Auswärtigen Ausschuß des Sejm den zweifelhafte und untragbaren Charakter des Ostpaktlandes gekennzeichnet. Er sagte damals, dieser Vertrag sei eigentlich weder als Locarno, noch als östlich zu bezeichnen. Das Wesen der Locarnoverträge bilde die Garantie Englands und Italiens für eine bestimmte Grenze. Und dieses Merkmal fehle dem vorliegenden Projekt. Es sei auch kein Ostpakt, da die Ostfragen nur teilweise und ungenügend berührt werden.

Das dritte Thema des Londoner Communiqués ist der Donaupakt, der angeblich eine Garantie gegen die Einmischung in die inneren Verhältnisse Österreichs darstellen soll. Die Frage der Regelung der politischen Beziehungen im Donaubecken ist eine Angelegenheit für sich, an der mitwirkten Deutschland nie abgelehnt hat. Es liegen namentlich für die wirtschaftliche Seite dieser Angelegenheit aus früherer Zeit noch recht fruchtbare deutsche Vorschläge vor. Dem Donaupakt gegenüber ist vor allem einzuwenden, daß er nicht als ein Instrument mißbraucht werden darf, um die Entwicklung der natürlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland zu verhindern oder zu stören, wie sie heute in Österreich bestehen, zu verweigern. Und es muß vor allem Vorzorge dafür getroffen werden, daß auf der Grundlage des Paktes andere Mächte keine Vorwände suchen, um sich in die inneren Verhältnisse Österreichs einzumischen und so ganz bestimmt die wirkliche Unabhängigkeit dieses Staates zu gefährden.

Daß Deutschland zur Beteiligung an dem im Londoner Communiqué vorgeschlagenen Pakt-Locarno bereit ist, ist bereits in der ersten Erklärung, die die deutsche Regierung auf die Mitteilung des Protokolls vom 3. Februar hin erteilte, zum Ausdruck gebracht worden.

Schließlich bleibt als letztes Problem das des Völkerverbundes. Die Gründe, die Deutschland am 14. Oktober 1933 veranlaßten, seinen Austritt zu erklären, sind dokumentarisch festgelegt und bekannt. Für eine Rückkehr in das Genfer Gremium müssen wir, heute wie damals, Berücksichtigung der Notwendigkeit der staatlichen und nationalen Sicherheit des Reiches und die Respektierung seiner völkerverbündlichen Gleichberechtigung auf allen Gebieten verlangen. Erst dann wird der Völkerverbund, der heute zu leicht für die politischen Sonderziele bestimmter Gruppen mißbraucht werden kann, für uns wieder ein aktuelles Problem werden.

Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die englischen Staatsmänner gegenüber der eingehenden Darlegung des deutschen Standpunktes in allen diesen Fragen nicht imstande sein sollten, ihm Verständnis entgegenzubringen. Da am guten Willen Englands zum Frieden kein Zweifel möglich ist, bedarf es tatsächlich nur dieses Verstehens, um zu einer Lösung aller der Probleme zu kommen, die nur unter der Perspektive mangelnden Verständnisses Konfliktstoffe bergen.

### Englisches Echo der Berliner Verhandlungen

London, 26. März. Der Berliner Korrespondent der „Times“ sagt in seinem Bericht über die Berliner Besprechungen u. a., der erste Tag sei arbeitsreich und im ganzen ermutigend gewesen. Jede Seite habe sich bemüht, die Punkte ihrer Politik und Haltung zu erklären, die der anderen Seite offenbar am



## Der zweite Konferenztag

### Die deutsch-englischen Besprechungen am Dienstag

Berlin, 26. März. Am Dienstag um 10.15 Uhr vormittags wurden in der Reichskanzlei die Besprechungen mit den englischen Regierungsvertretern im gleichen Kreise wieder aufgenommen und fortgesetzt.

### In der Wilhelmstraße — Die Mittagspause

Berlin, 26. März. Vor der Reichskanzlei und dem Propagandaministerium hatte sich im Laufe des Dienstag vormittags eine große Menschenmenge angesammelt, um soweit wie möglich wenigstens das äußere Gesehehener jener historischen Stunden miterleben zu können. Alltägliche Vorgänge wie das Einrücken eines SS-Sturmes der Leibstandarte in die Reichskanzlei oder das Ablösen der Reichswehr-Wache gewannen bei den Wartenden unter diesen Umständen besondere Bedeutung und boten willkommenen Anlaß zu lebhaften Gesprächen. Als gegen 12.45 Uhr Dr. Göttsch von Propagandaministerium aus im Auto durch die Wilhelmstraße fuhr, wurde er mit Heilrufen begrüßt.

Kurz vor 1.30 Uhr beim Erscheinen der englischen Minister im Vorgarten der Reichskanzlei ging eine Bewegung durch die Menge. Die inzwischen angetretene Ehrenkompanie präsentierte und während sich die Hände der Tausende zum Hitler-Gruß emporkrachten, führten die englischen Gäste in zwei Kraftwagen zu ihrer Botschaft, wo die Konferenzteilnehmer das Mittagessen gemeinschaftlich einnahmen. Auch vor der Botschaft hatten sich inzwischen größere Menschenmassen angesammelt, von der die zum Lunch eintreffenden deutschen Minister und andere bekannte politische Persönlichkeiten immer wieder mit begeisterten Heilrufen empfangen wurden. Als bald nach 1.30 Uhr als letzter der Wagen des Führers anrollte, wollten die Ovationen kein Ende nehmen und die Polizei hatte Mühe, die Menge zurückzuhalten. Während der Mittagszeit blieb die englische Botschaft in großem Umkreis dicht von Menschen umlagert, die der Abfahrt der Mitglieder des Reichskabinetts und der englischen Minister beiwohnen wollten.

Kurz vor 3 Uhr erschien dann, jubelnd empfangen, als erster der Führer. Unter stürmischen Heilrufen der Menge fuhr der Führer in die Reichskanzlei zurück.

## Abluß der Berliner Besprechungen

Berlin, 26. März. Die deutsch-englischen Besprechungen zwischen dem englischen Außenminister Simon, dem Vordirektorbewahrer Mr. Anthony Eden, dem Führer und Reichsminister und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, die in Gegenwart des britischen Botschafters, Sir Eric Phipps und des Beauftragten für Abrüstungsfragen, Herrn von Ribbentrop, während der letzten zwei Tage stattfanden, wurden Dienstag abend abgeschlossen. Die behandelten Fragen waren diejenigen, welche im Londoner Communiqué vom 3. Februar aufgeführt worden sind. Die Unterhaltungen fanden in offener und freundschaftlichster Form statt und haben zu einer vollständigen Klärung der beiderseitigen Auffassungen geführt. Es wurde festgestellt, daß beide Regierungen mit ihrer Politik das Ziel verfolgen, den Frieden Europas durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu sichern und zu festigen. Die englischen und deutschen Minister sind von der Möglichkeit der direkten Aussprache, die soeben stattgefunden hat, durchdrungen.

Sir John Simon wird Mittwoch auf dem Luftwege von Berlin nach London zurückkehren. Mister Eden wird planmäßig nach Moskau, Warschau und Prag weiterreisen.

## Eintritt der gewerblichen Wirtschaft in die Deutsche Arbeitsfront

### Wichtige Erklärungen Dr. Schacht

Leipzig, 26. März. Auf der Tagung der Deutschen Arbeitsfront hielt der Reichsbankpräsident und derzeitige Reichswirt-

schaftsminister Dr. Schacht eine Rede, in der er u. a. ausführte: Es war eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Neuaufbau, daß die Klassenkampforganisationen — die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände — verschwinden mußten. An ihre Stelle ist das große Organisationsgebäude der Deutschen Arbeitsfront und die Organisation der gewerblichen Wirtschaft getreten. Sie sind nicht Kampforganisationen gegeneinander, sondern Erziehungsorganisationen füreinander. An die Stelle des Kampfes gegeneinander ist die aufbauende Gemeinschaftsarbeit mit dem Ziele sozialer Gerechtigkeit getreten. Die Erziehung des arbeitenden und wertschöpfenden Menschen zum Geiste des Nationalsozialismus ist die Grundlage dieser Gemeinschaftsarbeit. Es ist nur natürlich, daß bei der Deutschen Arbeitsfront der Schwerpunkt auf dem Gebiete der Sozialpolitik, bei der Organisation der gewerblichen Wirtschaft der Schwerpunkt auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik liegt. Würden diese beiden Organisationen lediglich nebeneinander bestehen bleiben, so könnte sich aus der einseitigen Behandlung dieser Frage nur zu leicht ein neuer Gegensatz gestalten. Dieser Gegensatz muß unter allen Umständen vermieden werden. Ich brauche vor Ihnen, meine Arbeitskameraden, nicht zu betonen, daß sozialpolitische Forderungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht befriedigt werden können und daß umgekehrt die wirtschaftlichen Forderungen ohne gebührende Rücksicht auf die sozialpolitischen Belange keine gedeihliche Verwirklichung finden können. Aus diesem Grunde habe ich mit Billigung des Führers dem Leiter der DAF, den Vorschlag gemacht, ein enges Zusammenarbeiten zwischen der Deutschen Arbeitsfront und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft dadurch herbeizuführen, daß die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit in die DAF eintritt. Der Reichsarbeitsminister und der Leiter der Reichswirtschaftskammer haben sich diesem Vorschlage angeschlossen. Der Leiter der DAF, hat diese Anregung aus vollem Herzen aufgegriffen, und wir sind in eingehendsten Beratungen zu

einer Vereinbarung

gefangt.

1.

Der Beirat der Reichswirtschaftskammer tritt durch Einberufung durch den Präsidenten der Reichswirtschaftskammer und den Leiter der DAF, mit dem Reichsarbeitsrat, der aus den Leitern der Reichsbetriebsgemeinschaften und der Bezirksleiter (nach der Reichsreform: den Reichsgauwätern der DAF) gebildet wird, zu dem Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsrat zusammen. Hauptaufgabe des Reichsarbeits- und Wirtschaftsrates ist vor allem die Aussprache über gemeinsame wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen, die Herstellung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Gliederungen der DAF, und die Entgegennahme von Fundierungen der Regierung, wie auch der Leitung der DAF. Die Geschäftsstelle der Reichswirtschaftskammer wird zugleich das Wirtschaftsamt für die DAF, das dem Reichswirtschaftsminister untersteht. In den Bezirken tritt entsprechend dem Vorbild in der Reichspitze der DAF, der Beirat der Wirtschaftskammer mit dem Bezirksarbeitsrat der DAF, zu dem Bezirksarbeits- und Wirtschaftsamt zusammen.

2.

a) In allen Organen und Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront sowohl sachlicher, wie gebietlicher Art sind Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder in möglichst gleicher Zahl an der Führung und Beratung zu beteiligen. Für ihre Berufung ist die Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront Voraussetzung.

Bei der Auswahl der Betriebsführer ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nach Möglichkeit solche Betriebsführer beteiligt werden, die gleichzeitig in den sachlichen und bezirklichen Gliederungen der auf Grund des Gesetzes vom 27. Februar 1934 gebildeten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft mitwirken. Hierbei soll grundsätzlich bei allen Gliederungen der DAF, zum Stellvertreter des Leiters einer Gliederungs ein Betriebsführer bestellt werden, sofern der Leiter nicht selbst ein Betriebsführer ist.

b) In den einzelnen sachlichen und gebietlichen Gliederungen der DAF, berufen die Leiter dieser Gliederungen in geeigneten Zeitabschnitten Versammlungen der zu ihnen gehörigen Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder bzw. der Betriebsführer und ihrer Vertrauensmänner ein. Den Gefolgschaftsmitgliedern und Betriebsführern ist Gelegenheit zu einer Aussprache über den vorgetragenen Gegenstand zu geben.

worden sein. Er leugnet es. Wie er überhaupt bestreitet, zu den anarchistischen Organisationen Beziehungen zu unterhalten."

"Und womit begründet er das Attentat auf den Duce?"

"Er glaubt, daß der Faschismus die italienische Einheit bedroht; er gibt an, Sozialist zu sein. Ich glaube es ihm nicht."

"Capitano Cecchi, wir werden auch unsere politische Polizei besser schulen müssen. Die antisfaschistischen Umtriebe an den hohen Schulen von Padua und Mailand sind ein Skandal und eine Gefahr für das Vaterland. Buon giorno."

Der kleine Genueser mit der riesigen Göttemase hatte den Gewaltigen der römischen Polizei und den Freund Mussolinis verlassen. In seinem Hirn hämmerte es. Er wußte, daß die Anspielung des Obersten Fermati auf Padua und Mailand ein Räffel für ihn bedeuten sollte. Es war indessen richtig, was Oberst Fermati gesagt hatte. Die politische Polizei war nicht genügend geschult und die Folgen davon zeigte sich in der zunehmenden antisfaschistischen Haltung gewisser studentischer Kreise. In geheimen Konventikeln konspirierte man gegen das neue Italien, das mit dem Marock auf Rom seine Laufbahn begonnen hatte. Sie war dünn, diese Schicht von jungen politischen Abenteurern; aber sie war gefährlich. Das alles wußte man. Doch die neugebildete faschistische politische Polizei, die mit der Aufdeckung geheimer Konventikeln betraut wurde, erwies sich noch als in den Kinderstufen stehend. Die Neuorganisation verschlang Geld. Und die Vira war bedenklich ins Rutschen geraten. Hier lagen die Gründe, weshalb die neugegründete faschistische politische Polizei noch nicht schlagkräftig genug war. Doch Cecchi war guten Mutes; trotz des kleinen Räffels. In Wirklichkeit war dieser Oberst Fermati ein prachtvoller Kerl. Immer gut gelaunt und immer auf dem Posten, wenn es sich um den Bestand des Vaterlandes handelte. Und was nun diesen Fall Dr. Antonio Stradella betraf: Da hatte er sich so kongenial erwiesen, daß ihm das Herz im Leibe lachte. Tausel, ja, er wußte es, daß es eine harte Nuß zu knacken gab; aber sollte es dem gemeinsamen Schicksal nicht gelingen, dem Trottel von Bortolo ein Schnippen zu schlagen? (Fortsetzung folgt.)

meisten Sorge gemacht hätten. Die Aussprache scheint mehr allgemeinen als besonderen Charakter gehabt zu haben. Simon habe vermutlich das in Großbritannien und anderen Ländern über gewisse plötzliche Handlungen Deutschlands empfundene Unbehagen erwähnt und um Aufklärung ersucht. Hitler habe ausführlich geantwortet, wenn auch in zwangloser Weise Fragen eingestreut worden seien.

Ward Price meldet der „Daily Mail“ aus Berlin: Nach ihrer etwa siebenstündigen Besprechung mit Herrn Hitler, dem Freiherrn von Neurath und Herrn von Ribbentrop seien sich die britischen Minister über eine Sache klar gewesen, nämlich, daß sie sehr gut daran getan hätten, nach Berlin zu kommen und mit Hitler persönlich zu sprechen. Auf beiden Seiten sei verschiedentlich eine sehr deutliche Sprache gebraucht worden, wenn auch zugleich größte Herzlichkeit bestanden habe.

Ueber den Inhalt des Meinungs austausches glaubt der Korrespondent folgendes berichten zu können: Simon habe damit begonnen, Hitler die Stimmung der englischen öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland zu schildern. Er habe gesagt, sie sei entrüstet und unbehaglich geworden. Das britische Volk sei zwar von gutem Willen gegenüber dem deutschen Volke besetzt, aber es sei überrascht und mißtrauisch geworden durch die plötzlichen aufeinander folgenden Ankündigungen hinsichtlich der Bildung einer Luftstreitmacht und eines großen Landheeres. Simon habe auch erklärt, wenn ein mächtiges Volk wie das deutsche einen ganz willkürlichen politischen Kurs wähle, könnten sich ernste internationale Verwicklungen ergeben. Er wünsche deshalb, die Möglichkeiten der Schaffung eines kollektiven Sicherheitsystems zu prüfen. Er fürchte, daß der einzige andere Weg darin bestehen könnte, daß alle Mächte, die Beteiligungs gegenüber Deutschland empfinden, allmählich eine Koalition bilden würden, um ihre gegenseitige Sicherheit zu gewährleisten. Die Folgen einer so scharfen Spaltung in Europa könnten ernst sein. Wenn Deutschland weiterhin unabhängig seine eigenen Ziele zu erreichen suche, dann könnten Frankreich und Großbritannien, so gerechtfertigt die erwähnten Ziele auch dem deutschen Volke erscheinen mögen, sich in einem Dilemma befinden. Sie würden dann zu wählen haben zwischen einer Politik der Uebereinstimmung mit Deutschland und einer Politik der Uebereinstimmung mit den anderen Festland-Mächten, die an die Möglichkeit glaubten, daß sie eines Tages von Deutschland in eine gefährliche Lage gebracht werden könnten. Simon habe gesagt: Wir sind nach Berlin gekommen, um ausfindig zu machen, ob diese beiden Möglichkeiten sich nicht verschmelzen lassen, und ob es nicht möglich ist, ein wissenschaftliches System der Vereinbarung zu schaffen, an dem Deutschland und die anderen Festland-Mächte teilhaben. Er habe darauf hingewiesen, daß er persönlich nach dem Vorgefallenen einige Entschlossenheit habe zeigen müssen, um nach Berlin gehen zu können. Er habe es getan, weil er geglaubt habe, daß dieser Besuch der Sache des Friedens dienen werde. Die britische Regierung suche sich nicht ihrer Verantwortlichkeiten zu entziehen. Sie werde aber das britische Volk davon überzeugen müssen, daß sie den richtigen Weg gewählt habe. Um eine Festlegung dieses Kurzes bei voller Kenntnis der Tatsachen zu ermöglichen, suche er Informationen aus erster Hand über Deutschlands Absichten und Absichten zu erhalten.

Nach der Uebersetzung der Ausführungen Simons habe der Führer seinerseits einen Ueberblick über die jetzige europäische Lage gegeben, wie sie sich in den deutschen Augen darstelle.

### „Daily Telegraph“ zu den Berliner Verhandlungen

London, 26. März. „Daily Telegraph“ führt in einem Leitartikel über die Berliner Besprechungen u. a. aus, Zweck dieser Besprechungen sei nicht, die Ansichten der britischen Regierung mit denen Hitlers in Uebereinstimmung zu bringen, sondern festzustellen, ob die Ansichten beider Ländern nicht irgend eine gemeinsame Grundlage hätten, die durch einen vernünftigen Gedankenaustausch erweitert werden könne. Die guten Wünsche, die in der deutschen Presse ausgedrückt worden seien, hätten einige praktische Unterstützung durch die Versicherung gefunden, daß Deutschland noch immer zur Unterzeichnung einer Abrüstungskonvention bereit sei. In ähnlicher Weise begrüßt „Daily Telegraph“ die Andeutung, daß Deutschland bereit sei, im Falle der Anerkennung völliger Gleichberechtigung in den Völkerbund zurückzukehren. Die Aussichten des Donaupaktes schienen etwas besser zu sein, doch sei die Lage hinsichtlich Osteuropas alles andere als hoffnungsvoll.

## Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

### KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

Oberst Fermati klopfte dem kleinen Genueser auf die Schulter. „Aber zum Teufel, mein lieber Capitano, weshalb gelingt es nicht, wenigstens diesen Dr. Stradella irgendwo aufzufinden? Die Erde kann ihn doch nicht verschlingen haben.“

Cecchi lächelte verschmitzt. „Wenn dieser Esel von Bortolo nicht alles verfaulbeutelt hätte, dann wären wir der Sache vielleicht nähergekommen. Haben Sie, Herr Oberst, nicht selbst Zweifel in die Taterkchaft des Dr. Stradella gesetzt? Gewiß! Wir moßen uns nicht an Kriminalisten zu sein, aber hätte doch der gesunde Menschenverstand dem Luigi Bortolo sagen müssen, daß die Schwere des Falles gebietet, auch die unscheinbarsten Nebenfiguren zu verfolgen. Es ist nicht die Aufgabe der politischen Polizei, gemeine Mordverbrechen aufzuklären. Ich habe mir aber schon damals, als die Flucht des Dr. Stradella bekannt wurde, meine eigene Meinung über diesen Fall gebildet und auch in der Sitzung des italienischen Polizeirats keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Ermordung der amerikanischen Staatsbürgerin Helen Swift nicht nur aus gemeinen Motiven heraus erklärt zu werden braucht. Hier liegt meines Erachtens die Fehlerquelle und ich bedauere, daß ein Mann wie Lombroso, der zu den besten Kriminalisten Italiens gehört, sie nicht erkannt hat.“

In Fermatis Augen blitzte der Schalk. „Sie haben doch eine gute Nase, Capitano! Weshalb, so frage ich Sie, kehrt dieser Dr. Stradella nicht nach Italien zurück, wenn er unschuldig sein sollte? Ganz Europa hat von der Ermordung der Helen Swift Kenntnis erhalten; ganz Europa hat die Flucht des Dr. Stradella dahin ausgebeutet, daß er der Täter ist. Irgendwo muß doch dieser Dr. Stradella von diesen Dingen gelesen haben. Nehmen wir wirklich einmal an, er wäre nicht der Täter und seine

Flucht beruhe auf Umständen, die wir einstweilen nicht aufzuklären imstande sind; weshalb stellt Dr. Stradella sich nicht der nächsten Polizeibehörde?“

„Oberst Fermati, das macht auch mich stutzig. Es ändert aber nichts daran, daß ich mit meiner guten Nase Zusammenhänge wittere, über die ich selbst noch keine richtige Meinung bilden kann. Ich greife den Ueberrfall auf die Banca nazionale heraus; es war ein anarchistisches Attentat. Der Einbruch in Turin kommt mir auch höchst eigentümlich vor. Ist es unmöglich, so frage ich Sie jetzt, Oberst Fermati, daß nicht auch die Ermordung der Helen Swift auf Motiven beruht, deren Hintergründe politischer Art sind? Woher haben die Anarchisten Italiens die ungeheuerlichen Fonds, aus denen sie ihre Mittel für die Weltpropaganda schöpfen? Ist nicht dieser Joe Watkins ein verdammt zweifelhafter Kerl? Man behauptet von ihm, er sei kein Anarchist.“

„Das behauptet der Esel von Bortolo“, warf Fermati ein.

„Richtig, Oberst Fermati! Nach den Erfahrungen im Falle Swift wissen wir, daß der Herr Präsident der venetianischen Polizei wahrscheinlich auf dem Holzwege ist. Ich gebe durchaus zu, daß die Flucht Dr. Stradellas ein Räffel bleibt und ihn der Taterkchaft schwer verdächtig. Ich gebe auch zu, daß meine Meinung über die Motive des Falles Swift hypothetisch und — wer will das leugnen? — daß wir uns irren können.“

„Sollen wir einen Beamten nach Amsterdam beordern?“

„Im Augenblick halte ich es für überflüssig, Bedenken Sie, Oberst Fermati, alle Spuren, die wir in Europa aufgenommen haben, stellten sich ohne Ausnahme als unrichtig heraus. Wäre es nicht zweckmäßig, die Ermittlungen über den Mailänder Studenten Luigi Toronto abzuwarten?“

„Si, si! Ihre Nase gefällt mir immer besser, Capitano Cecchi. Wie ist denn das mit diesem verfluchten Frauenzimmer, das der Schurke bei sich gehabt haben soll? Hat man nichts darüber erfahren können?“

„Absolut nichts, Oberst Fermati! Luigi Toronto soll nach den Angaben zuverlässiger Personen vor dem Attentat in Begleitung eines Frauenzimmers gesehen



## Aufrufe Dr. Leys

Männer und Frauen der Deutschen Arbeitsfront!

Mit der großen Kundgebung in Leipzig ist die gewerbliche Wirtschaft unter der Führung des Reichswirtschaftsministers Dr. Schaack in die Arbeitsfront eingegliedert worden. Der Führer hat durch seine Kundgebung diesen Schritt nicht nur gebilligt, sondern freudig begrüßt. Damit ist ein weiterer eminent wichtiger Schritt in der Ordnung der Sozial- und Wirtschaftspolitik getan worden.

Immer wieder versuchten die Feinde des neuen Deutschland sowohl im Innern wie auch außen aus dem Vorhandensein als zwei getrennte Organe einen Zwiespalt zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer konstruieren zu können. Noch zuletzt schrieben die „Baseler Nachrichten“, daß die Arbeitsfront als die Vertreterin der Arbeitnehmer und die gewerbliche Wirtschaft als die Vertreterin der Unternehmer anzusehen sei und daß der Klassenkampf zwischen beiden in genau derselben Weise wie früher zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden weiterginge. Wenn dem auch nicht so war, so ist es gut, daß auch der Schein nicht mehr vorhanden ist. Sicher ist, daß bei dem Nebeneinanderstehen beider Organisationen in späteren Zeiten etwas Ähnliches wie der Klassenkampf vergangener Zeiten hätte kommen können. Dem ist nun endgültig abgeholfen. Deutschland befindet sich im die Gemeinschaft über alles steht und daß innerhalb dieser Gemeinschaft die berechtigten Interessen aller gerecht vertreten werden sollen. Damit dürfte der soziale Aufbau des neuen Deutschland zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Drei Ergebnisse sind es, die dieser Kundmachung zugrunde liegen.

1. Wirtschaft und Sozialpolitik gehören zusammen. Man kann nicht eines ohne das andere tun.

2. Man gibt dem Volke eine auf sozialpolitischen Gebiet größtmögliche Selbstverwaltung, aus der Erkenntnis, daß das, was sich unter den Menschen ordnen läßt, von diesen Menschen selber geordnet werden soll und daß der Staat nur dann einschreitet, wenn eine Einigung unter den Menschen nicht zustande kommt. Der Staat lehnt es ab, die Arme für jedes und alles zu sein.

3. Damit befundet der Staat, daß er der höchste Richter auch auf diesem Gebiete sein will. Daß er keiner einzelnen Klasse dient, sondern darüber wacht, daß die Gerechtigkeit in allem walte. Und Recht ist das, was dem Volke nützt!

### Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wenn die Arbeitsfront heute mit diesen großen Aufgaben betraut wird, und wenn in ihr auch jetzt die Wirtschaft ihren Platz gefunden hat, so ist das ein Beweis für die Nichtigkeit unseres Handelns und Wirkens. Und auch ein Beweis dafür, daß die Männer, die die hohen Pflichten in der Arbeitsfront auf sich genommen haben, für ihre Aufgaben reif geworden sind.

Wenn man bedenkt, daß erst am 2. Mai ds. Js. sich die Uebernahme der Gewerkschaften zum zweiten Male fährt, so ist der Erfolg ein ungeheurer! Das alles ist stetig gewachsen. Gewiß, das Tempo war manchmal ein nahezu unfaßbares. So doch können wir auch hier wieder feststellen, daß, wenn der Weg richtig angetreten wird, sich alles daraus zwangsläufig ergeben muß. Man meistert die Aufgaben spielend, und alle die, die der Arbeitsfront nicht wohl gegenüberstanden, und ihren baldigen Tod wünschten, werden heute erkennen, daß der Erfolg in dieser Zeit ein außerordentlicher war.

### Deutsche Schaffende!

Mit diesem letzten Bewußtsein ist das Gebäude der Deutschen Arbeitsfront nach außen fertiggestellt. Es ist der organische Aufbau der deutschen Wirtschaft. Wir wollen aber nicht erlahmen, dieses einzigartig in der Welt dastehende Gebilde mit dem Geist des wahren Sozialismus der nationalsozialistischen Gemeinschaft zu erfüllen und alle Menschen so zu ordnen, daß sie zur höchsten Leistung im Interesse und zum Wohle des Volkes befähigt sind!

Wir danken allen, die uns daran mitgeholfen haben; vor allem aber dem Reichswirtschaftsminister, Herrn Präsidenten Dr. Schaack, dessen Einsicht diesen letzten großen Schritt möglich gemacht hat. Wir beginnen damit einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront und ich verlange von allen meinen Mitarbeitern als äußeres Zeichen unserer Dankbarkeit für diesen Erfolg, Pünktlichkeit, Überbereitschaft und Hingabe an das große Werk!

Vorwärts für Hitler und Deutschland!

Dr. Robert Ley.

## Erlaß des Führers

Der Nationalsozialismus hat den Klassenkampf beseitigt. Die Kampfgewalt der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sind verschwunden. An die Stelle des Klassenkampfes ist die Volksgemeinschaft getreten. In der Deutschen Arbeitsfront findet diese Volksgemeinschaft ihren sichtbarsten Ausdruck durch den Zusammenschluß aller schaffenden Menschen. Organisationen innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft sind notwendig, aber sie sollen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Ich begrüße und billige daher die Absicht des Reichswirtschaftsministers, die von ihm durch Gesetz vom 27. Februar und Ausführungsverordnung vom 27. November 1934 geschaffene Organisation der gewerblichen Wirtschaft als korporatives Mitglied in die Deutsche Arbeitsfront einzugliedern. Die von ihm gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister und dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront am heutigen Tage getroffene Vereinbarung über eine einheitliche Zusammenarbeit auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet wird hierdurch von mir bestätigt.

Die Grundlagen der neuen sozialen Selbstverwaltung aller schaffenden Deutschen erhalten nach der Errichtung der Deutschen Arbeitsfront

nach dem Erlaß des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit und

nach der Organisation der gewerblichen Wirtschaft nunmehr mit der neuen Vereinbarung ihren Abschluß.

Die Vereinbarung bringt kein Geschenk, sondern verpflichtet zu höchster Leistung. Sie stellt den Willen zur Gemeinschaftsarbeit an ihre Spitze. Dieser Wille muß sich bis in die untersten Organe unseres gesamten Arbeits- und Wirtschaftskörpers durchsetzen. Ich weiß, daß jeder deutsche Volksgenosse das Vertrauen, das ich mit diesem neuen Werte in ihn setze, erfüllen wird.

### Der Führer und Reichszugler.

## Anordnung des Stellvertreters des Führers

Berlin, 26. März. Der Stellvertreter des Führers ordnet, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, an:

Nach dem ausdrücklichen Wunsch des Führers sollen Erörterungen jeder Art über die Reichsreform unterbleiben.

Ich ordne deshalb an, daß sich die Dienststellen der NSDAP und alle Parteigenossen jeder öffentlichen Erörterung über die

Reichsreform — sei es schriftlich oder mündlich — zu enthalten haben. Unter Reichsreform ist nicht nur die künftige gebietliche Abgrenzung der Reichsgaue zu verstehen, darunter fallen vielmehr auch Fragen der organisatorischen Einrichtungen der Reichsgaue und der personellen Besetzung der leitenden Stellen.

## Durchführung der Gemeindeordnung

Berlin, 26. März. Die vom Reichsinnenminister Dr. Frick erlassene erste Durchführungsverordnung zur Deutschen Gemeindeordnung, die am 1. April 1935 in Kraft tritt, enthält, wie das NDZ meldet, eine Reihe wichtiger Vorschriften. So wird bestimmt, daß Ortschaften, Teilgemeinden und ähnliche innerhalb einer Gemeinde bestehende Verbände oder Körperschaften gemeinderechtlicher Art mit dem Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung aufgelöst werden. Ihr Rechtsnachfolger ist die Gemeinde.

Essentielle Bekanntmachungen haben in Gemeinden, die ein eigenes amtliches Verkündungsblatt besitzen, in diesem oder in einer vom Bürgermeister für bestimmte Fälle bezeichneten Tageszeitung zu erfolgen, in den übrigen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in einer vom Bürgermeister bestimmten Tageszeitung, in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern nach näherer Bestimmung der Satzung in ortsüblicher Weise. Bis zum 30. Juni 1935 kann die bisherige Art der öffentlichen Bekanntmachung beibehalten werden.

Einwohner der Gemeinde ist nach der Durchführungsverordnung, „wer in ihr eine Wohnung unter Umständen hat, die darauf schließen lassen, daß er die Wohnung beibehalten und benutzen wird“. Der Begriff des Bürgers wird in der neuen Verordnung dahin geklärt, daß Bürger der Gemeinde „bis zum Erlaß eines deutschen Staatsbürgergesetzes“ jeder deutsche Staatsangehörige ist, der die übrigen Voraussetzungen des Paragraphen 19 der Gemeindeordnung erfüllt, also deutscher Staatsbürger ist, das 25. Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens einem Jahre in der Gemeinde wohnt und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt. Das Bürgerrecht der Soldaten ruht.

Weiter bestimmt der Minister, daß die Gemeindevorstände erstmalig spätestens bis zum 1. Oktober 1935 zu bezeichnen und zu ernennen sind, ebenso die Beiräte. Schließlich sei noch hervorgehoben, daß in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden die bisher zuständigen obersten Landesbehörden bis auf weiteres die Aufgaben der obersten Aufsichtsbehörde der Gemeinden wahrzunehmen haben. Sie sind aber an die Weisungen des Reichsministers des Innern gebunden.

## Schlufstein im Handwerksaufbau

Zahlreiche Gliederung erfolgt

Berlin, 26. März. Der Reichsstand des Deutschen Handwerks teilt mit, daß der Reichswirtschaftsminister durch eine Anordnung über die bestmögliche und sachliche Gliederung der Reichsgruppe Handwerk den Schlufstein auf den vorläufigen Aufbau des Deutschen Handwerks gesetzt habe. Das Handwerk habe nun auch in sachlicher Beziehung eine klare, nach dem Führergrundsatz gestaltete, leistungsfähige Organisation. Zunächst hatte das Deutsche Handwerk die berufsspezifische Gliederung erhalten, die vom Reichshandwerksmeister über die Landeshandwerksmeister bis hinunter zu den 18 000 Handwerker-Innungen reicht. Neu zu ordnen sei aber noch die sachliche Gliederung der einzelnen Handwerkerberufe, der Bäcker, Maler, Schneider usw. gewesen. Hier habe es von früher her noch eine große Verschiedenheit öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Organisationsformen mit schwer übersehbarer Finanzabgrenzung gegeben. Eine einheitliche Berufspolitik sei vielfach durch die Eigenwilligkeit bezüglicher Stellen gehemmt gewesen. Die nun erfolgte Neuordnung räume mit diesen Unvollkommenheiten auf. Die Führer der einzelnen Handwerkszweige führten künftig die Bezeichnung Reichsinnungsmeister, während ihre Organisationen als Reichsinnungsverbände zu wirken hätten. Die Reichsinnungsmeister unterständen unmittelbar dem Reichshandwerksmeister. Dem Reichsinnungsmeister die Landesinnungsmeister, dem Landesinnungsmeister die Handwerker-Innungen unmittelbar unterstellt. Landesinnungsverbände mit eigener Rechtspersönlichkeit usw. gebe es nicht mehr. Der Zusammenschluß mehrerer Reichsinnungsverbände sei möglich, ebenso die Bildung von Untergruppen. Durch Zusammenschluß der Innungsverbandsbeiträge an der Spitze sei die besondere Unterstützung der Notstandsgebiete und die einheitliche Beitragsgestaltung ermöglicht. Die Zahl der Reichsinnungsverbände werde von über 70 auf etwa 45 vermindert.

## Schreckensurteile in Romno

Bier Todesurteile

Romno, 26. März. Am Dienstag vormittag wurde unter großer Spannung das Urteil des Romnoer Kriegesgerichts verkündet. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Emil Poll, Walter Frieß, Heinrich Wannagat und Emil Pupa zum Tode verurteilt worden sind. Es handelt sich hier um die Angeklagten des sogenannten Memmores der Luftgruppe.

Die beiden Wallat, Johann und Ernst Wallat, wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Der Führer der Sozog, Dr. Neumann und Bertelke, erhielten je zwölf Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Kwonka, Ernst Kademacher, Brotoph, Kiegel, Haak, Grau, Lappins, Schejstewich, erhielten je zehn Jahre Zuchthaus. Der Führer der christlich-sozialen Volksgemeinschaft, Freiherr von Sah, Baron Ropp, Keshberg, Cronenberg und acht andere Angeklagte wurden zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei den bisher Verurteilten wird das gesamte Vermögen beschlagnahmt.

Von den weiteren Angeklagten wurden Drehsler, Preißhans und Dr. Herbert Boettcher ebenfalls zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Zuchthausstrafen von anderthalb bis zu sechs Jahren. Lediglich die beiden Spigel und Kronzungen Molinus und Rabbutat erhielten anderthalb Jahre Zuchthaus, die in Gefängnisstrafen umgewandelt wurden. Gleichzeitig verkündete das Gericht, daß es für diese beiden ein Gnadengesuch beim Staatspräsidenten einreichen würde.

Es ist bezeichnend für die Methode der Urteilsfindung, daß gerade diese beiden, obwohl Molinus Geschäftsführer der Sozog war, und mithin eine führende Rolle spielte, von dem Gericht in dieser Weise behandelt werden. Nur ganz wenige Angeklagte, bei denen es sich in der Hauptsache um Namenswechselungen handelt, also um solche Männer, die überhaupt gar nicht auf die Anklagebank gehörten, oder um junge Leute von 16 und 17 Jahren, wurden freigesprochen. Die Angeklagten nahmen das Urteil ohne jede große Bewegung und sehr ruhig hin. Man hatte allgemein den Eindruck, daß dieses entsetzliche Urteil von niemandem erwartet worden war.

## Großes Aufsehen der Romnoer Mordurteile

London, 26. März. Die Mordurteile des litauischen Kriegesgerichts gegen die memelländischen Deutschen erregen in London ganz beträchtliches Aufsehen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß diese neueste litauische Gewalttat nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben dürfte.

Die Mitteilungsblätter der Abendblätter veröffentlichten spalten-

lange Berichte über die Vorgeschichte des Prozesses, wobei „Evening News“ auf die vielen Hindernisse hinweist, die die litauischen Behörden dem englischen Rechtsanwalt Lawrence in den Weg gelegt haben, als er sich nach Memel begeben wollte, um unparteiischer Zeuge des Prozesses zu sein. Das Blatt erinnert weiter daran, daß ein anderer britischer Anwalt, Morris, einen Ausweisungsbefehl erhalten habe, da er die Angeklagten habe verteidigen wollen. Im übrigen hebt die „Evening News“ erneut den überwiegend deutschen Charakter des Memelgebietes hervor.

„Evening Standard“ spricht in der Ueberschrift von einem „Schod“ von politischer Bedeutung. Er nennt das Memelgebiet einen der Gefahrenpunkte Europas und weist auf die tiefere innere Anteilnahme der gesamten deutschen Öffentlichkeit an dem Schicksal der Stammesangehörigen in diesem Gebiet hin.

## „Die kritischen Jahre 1935 und 1936“

Frankreich als „Prophet“

Paris, 26. März. Ministerpräsident Lalandin hielt bei der Einweihung des neuen Rathauses in Vincennes eine Kundgebung in der er zunächst auf die Gemeindegewalt einging und zur nationalen Einigung aufrief. Dabei führte er u. a. noch folgendes aus:

Wenn Frankreich Vertrauen in sich selbst hätte, würde über die Hälfte der Gefahren, von denen es sich bedroht fühlt, von selbst ausgeschaltet sein. Wollen wir vertrauen in unsere Stärke! Sie ist viel größer als Sie sich durch die Brille eines gewissen Pessimismus vorstellen, der vielleicht im übrigen nicht immer auf reine Vaterlandsliebe zurückzuführen ist. Ich hätte keine große Sorge, wenn es sich nur um unsere materiellen Kräfte handeln würde. Denn es ist nicht wahr, daß so viel Material da ist, die für die Landesverteidigung seit 15 Jahren ausgegeben worden sind, nur vergeblich verwendet wurden. Ich würde auch nur wenig beunruhigt sein hinsichtlich unserer moralischen Kräfte. Die Vaterlandsliebe ist in der Seele der Franzosen tief verwurzelt. Der Pazifismus, auf den sich einige berufen, und die Friedensliebe würden morgen ebenso wenig wie gestern einem Aufruf zu den Waffen für die Verteidigung des Landes widerstehen. Sorge bereitet mir, daß das Ausland unser eigenes Schicksal morgen ernst nehmen könnte. Die Geschichte wiederholt sich nicht immer in gleicher Weise. Das gebe ich zu. Aber glauben Sie, daß der Krieg uns aufgezwungen (?) worden wäre, wenn wir im Jahre 1913 und 1914 nicht das Beispiel entseffelter politischer Leidenschaft und tiefer Entzweiung unter uns gegeben hätten? Glauben Sie, daß vor 1870 die heftige Propaganda gegen das damalige Regime die Invasion (!) und die Niederlage nicht vorbereitet hätten?

Wollen wir uns also in acht nehmen im Hinblick auf die Jahre 1935 und 1936? Schon vor zehn Jahren hat Mussolini erklärt, daß sie die entscheidenden Jahre für den Frieden darstellen. Wir wollen also um des Vaterlandes willen nicht den Schein einer hilflosen Mannschaft auf einem treibenden Schiff geben. Wenn die Republik den Krieg 1914 hat ertragen müssen, so ist sie wenigstens siegreich aus ihm hervorgegangen, und heute wie gestern hat sie verstanden, eine ganze Reihe von Freuden- und Sündenbögen um sich zu scharen, deren Zahl mein hervorragender Mitarbeiter Paval glücklicher- und nützlichweise vermehrt. Indem er ihre Zusammenarbeit entwickelt, weiß er, daß sie mit uns den Frieden Europas garantieren.

Welches Volk gibt uns im übrigen eine gleiche Lehre der Vaterlandsliebe als das Volk, das in dem Glauben, in seiner Integrität bedroht zu sein, mit Hingabe seine rote Armee feiert und mit gerechtem Stolz immer mehr Milliarden für seine Landesverteidigung opfert? Die Jugend, daß weiß ich, weil ich sie liebe, hat weder ihren Glauben an die Tugend noch an die Vaterlandsliebe noch an die Mission der Republik verloren. Die Jugend hat keine Lehren von denjenigen anzunehmen, die die Arbeitslosigkeit und den Krieg als ein unvermeidliches Uebel gebildet haben.

## Gesetz über die Organisation des Luftschutzes von der französischen Kammer angenommen

Paris, 26. März. Die französische Kammer verabschiedete am Montag mit 451 gegen 11 Stimmen den Gesetzesvorschlag über die Organisation der passiven Luftverteidigung, wonach der Staat 90 Prozent der Kosten für den Bau von bomben- und gasdichten Unterkünften trägt, während die Gemeinden sich mit 1 Prozent zu beteiligen haben. Ein sozialistischer Abgeordneter schätzte die Gesamtausgaben auf etwa 4 Milliarden Francs. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der Kammer wies in der Begründung zu dem neuen Gesetz auf die Maßnahmen hin, die in Sowjetrußland und Deutschland zum Schutze der Zivilbevölkerung gegen Gasangriffe getroffen worden seien. Der ehemalige Luftfahrtminister Pierre Cot erklärte in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Luftfahrt Ausschusses, daß das Gesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden müsse.

## Frankreich sperrt Ausfuhr kriegswichtiger Rohstoffe

Paris, 26. März. Außenminister Paval hat dem Ministerrat einen Ueberblick über die außenpolitische Lage gegeben. In der kurzen amtlichen Mitteilung über die Beratungen des Ministerrats wird darüber hinaus zu diesem Thema nichts mitgeteilt. Es verlautet, daß am Dienstagabend eine endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der Kadastreise nach Moskau bekanntgegeben werden wird. Sie findet jedenfalls in der zweiten Aprilhälfte, also nach der Tagung des Völkerbundsrates statt.

Der Ministerrat hat auf Vorschlag des Handelsministers eine Verordnung gebilligt, die vorübergehend die Ausfuhr von gewissen für die Landesverteidigung wichtigen Rohstoffen untersagt. Bisher ist nicht bekannt, welche Rohstoffe damit gemeint sind.

## Abendtafel zu Ehren der englischen Minister

Berlin, 26. März. Der Reichsminister des Auswärtigen und Freiztan von Neurath veranstalteten zu Ehren des britischen Außenministers Sir John Simon und des Lordsegelbewahrsers Mr. A. Eden am 25. März im Hause des Reichspräsidenten eine Abendtafel. An dieser nahmen teil: Der Führer und Reichszugler, der königlich britische Botschafter, sämtliche Kabinettsmitglieder, die Begleiter der englischen Minister sowie die Herren der britischen Botschaft und führende Persönlichkeiten der Reichsbehörden und der Partei mit ihren Damen.

## Der Reichswehrminister besucht Schlesien

Berlin, 26. März. Der Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg, begibt sich am 27. März auf eine dreitägige Besichtigungstour nach Schlesien und Oberschlesien, wo er u. a. die Standorte Görlitz, Hirschberg, Glogau, Breslau, Ohlau, Brieg, Oppeln und die Städte Beuthen und Gleiwitz besuchen wird. Dabei ist die Besichtigung schlesischer Truppenteile sowie verschiedener Industriewerke in Aussicht genommen.



## Das neue belgische Kabinett

Katholiken und Sozialisten die Träger

Brüssel, 26. März. Der stellvertretende Gouverneur der Nationalbank, Paul van Zeeland, hat die Verhandlungen über die Regierungsbildung abgeschlossen. Van Zeeland übernimmt in der neuen Regierung neben dem Ministerpräsidenten das Außenministerium. Das Kabinett setzt sich aus Vertretern der Katholischen, der Liberalen und der Sozialistischen Partei sowie aus einigen außerparlamentarischen Persönlichkeiten zusammen. Als Minister ohne Geschäftsbereich treten drei führende Persönlichkeiten der Regierungsparteien in das Kabinett ein, und zwar der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Vandervelde, der bisherige Außenminister Humans sowie ein Vertreter der Katholischen Partei. Das Kabinett umfasst sechs Katholiken, fünf Sozialisten und vier Liberale. Von den 15 Ministern gehören vier nicht dem Parlament an. In der Kammer und im Senat verfügt diese Regierung über eine starke Mehrheit. Die Regierung wird zweifellos von dem Parlament härtere Vollmachten, als sie das Kabinett Theunis hatte, fordern und sie sicherlich auch erhalten. Es scheint, daß das Parlament von sich aus beschließen wird, seine Tagungen für längere Zeit — man spricht von einem Jahr — auszuschieben.

Bemerkenswert ist das Ausscheiden von Paul Hymans als Außenminister. Es scheint, daß die Frage der diplomatischen Anerkennung Sowjetrußlands, als deren Anhänger van Zeeland gilt, bei der Befragung dieses Postens eine Rolle gespielt hat und daß Hymans für diesen Posten nicht wieder in Frage kam, weil er sich wiederholt in grundsätzlicher Weise amtlich gegen die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland erklärt hat.

Die Ministerliste sieht folgendermaßen aus:  
 Ministerpräsident und Außenminister: van Zeeland (Kath.),  
 Landesverteidigung: de Baze (Liberal),  
 Justiz: Soudan (Sozialist),  
 Wirtschaft: van Nader (Katholik),  
 Finanzen: Max Leo Gérard (Liberal),  
 Öffentliche Arbeiten und Arbeitslosigkeit: Denain (Sozialist),  
 Arbeit und Sozialfürsorge: Delattre (Sozialist),  
 Verkehr, Post und Rundfunk: Spaal (Sozialist),  
 Kolonien: Kubbens (Katholik),  
 Landwirtschaft: de Schröper (Katholik),  
 Unterricht: Boveffe (Liberal),  
 Minister ohne Geschäftsbereich: Vandervelde (Sozialist),  
 Hymans (Liberal) und ein noch nicht bekannter Vertreter der Katholischen Partei.

## Sokales

Wildbad, 27. März 1935.

Der Frühling kommt. Noch reden die Bäume ihre kalten Zweige empor, aber man braucht nur ein wenig sorgfamer hinzusehen, da bemerkt man bereits in den Knospen das Drängen. Linder Wind, laue Lust und lichte Sonne locken, und so ist es gar kein Wunder, wenn das ewig bereite Leben dem Ruße folgt und sich hervorwagt, auch auf die Gefahr hin, noch einmal einen Frostschauer über sich ergehen lassen zu müssen. Die Saatsfelder dehnen sich weit, und mit den grünen Blättchen spielt der Wind. In der Ferne schwimmt blauer Duft, der doch nicht verhallt, sondern die Dinge nur weich umschmeichelt. Dort auf der Höhe leuchten die weißen Wände der dörftlichen Siedlung, die sich an den dunklen Wald anschließt, und hier führt das breite Tal hinab in einen Wiesengrund, der bereits das zarte Grün des Lenzes trägt, zaghaft noch, fast nur eine Andeutung, aber doch unverkennbar schon da. Dort hat man vor dem Hause eine ganze Reihe blühender Spazinthen zum Schmuck erstellt; auch sie Frühlingsboten, doppelt gern willkommen geheissen, wenn sie nicht mehr hinter schließenden Fenstern gepflegt werden müssen. Und da haben sich Kinder zusammengefunden zu frühlichem Spiel in der Sonne. Der Kreisel surrt, und die Peitsche knallt, wenn sie den Kreisel antreibt. Man verhält ein wenig den Schritt, wenn man an

ihnen vorübergeht, und dann öffnet man plötzlich den Mantel, der einem zu warm ist, nimmt den Hut ab und läßt den lauen Wind um die Schläfen wehen.

## Württemberg

Reutlingen, 26. März. (Todesfall.) In Reutlingen ist, 84 Jahre alt, eine in Württemberg bekannte Frau gestorben: Anna Ueber, die langjährige Vorsteherin der Reutlinger Frauennarbeitschule, die unter ihrer Leitung im ganzen Land bekannt und aus dem ganzen Land besucht war. 1890—1904 ist sie an der Spitze der Anstalt gestanden.

Reutlingen, 26. März. (Todesfall.) Im Alter von 66 Jahren ist der Ehrenobermeister der Müller-Innung, Albert Keim, nach längerem Leiden gestorben.

Schwaigen, O.A. Bradenheim, 26. März. (Das Arrestlokal in Brand gesteckt.) Ein hiesiger junger Mann, der wegen sinnloser Betrunktheit vom Schutzmänn im hiesigen Arrestlokal festgesetzt werden mußte, setzte beim Versuch, sich eine Zigarette anzuzünden, den Strohsack seiner Bettstelle in Brand. Auf die Hilferufe wurde die Feuerwehr alarmiert, die den Unvorsichtigen knapp vor dem Tode des Ersticken retten und den Brand in der Zelle löschen konnte.

Murrhardt, 26. März. (Blitzschlag.) Bei dem Gewitter am letzten Sonntag schlug der Blitz in das Schulhaus in Murrhardt. Ein furchtbarer Knall erfüllte das Haus. Der Blitz fuhr glücklicherweise an der Antenne und dem Blitzableiter herunter, so daß Hauptlehrer Holzhauser und Familie mit dem Schrecken davontamen.

Laudenbach, O.A. Mergentheim, 26. März. (Ueberfahren.) Als der Sohn des Bauern Karl Dechsner mit seinem Gespann und einer Sämaschine nach Hause fuhr, stiegen die Pferde an zu galoppieren. Dabei fiel das 15-jährige Mädchen des Dechsners vom Wagen und geriet unter die Sämaschine, wobei es sich am Kopf und an den Beinen schwere Verletzungen zuzog.

Heiden, 26. März. (Amtseinführung.) Am Samstag wurde der neue Bürgermeister Dr. Schübel in sein Amt eingesetzt. Als Vorstand der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung vollzog Ministerialrat Pfeleiderer diesen wichtigen Akt.

Schramberg, 26. März. (Sprengungsfall.) August Tessari-Lischner gräbt seit Wochen einen Brunnen in der Burgstraße. Bei den notwendig gewordenen Sprengarbeiten ist ein Schuß nicht losgegangen. Als Tessari die Ladung frisch anbohren wollte, ging der Schuß los, jedoch er schwer verletzt wurde. Wahrscheinlich ist ein Auge verloren.

Schramberg, 26. März. (Bischofsstag.) Der am Sonntag hier veranstaltete Bischofsstag sah 4000 Jugendliche vom Schwarzwald und Heuberg, vom oberen Neckar und der oberen Donau mit der hiesigen Pfarrgemeinde und ihren geistlichen Führer versammelt. Im Vormittagsgottesdienst begrüßte Stadtpfarrer Schmitt den Oberhirten, Bischof Dr. Spröhl, der unter dem Motto: „Fürchtlos und Treu“ eine Ansprache an die versammelte Jugend richtete. Hernach begab sich der Bischof in das Marienheim, woselbst eine Führerbesprechung stattfand. Nachmittags fand zunächst eine Marienfeier in der Hl. Geistkirche statt, worauf die Jugend in der Hl. Geistkirche ein Glaubensbekenntnis ablegte.

Nördlingen, 26. März. (Ein Vermögen im Straßengraben.) Als am letzten Sonntag morgen der städtische Arbeiter Johann Brechenmacher zur Stadt ging, entdeckte er Ecke Dam- und Mößingerstraße im Straßengraben ein herrenloses Rad und einen Mantel. Er brachte das Rad zur Polizeiwache, wo man in einem Rucksack eine Tasche fand mit einer Salamiwurst, einem halben Duzend Saitenwürsten und 3500 RM. in Silbergeld. Das Geld war für Lohnzwecke bestimmt, da sich Lohnzettel dabei befanden. Der Verlierer sollte die Summe nach dem unteren Ries bringen, erriet aber an eine Starkbierquelle und lan-

dete schließlich im Straßengraben. Der Finder bekam ein Trinkgeld und der Verlierer eine gehörige Nase.

Führer des Reichsverbandes der Baltikumkämpfer, D. Kommandeur der Eisernen Division, Major Bishoff, Ritter des Ordens pour le Merite hat, wie wir erfahren, nunmehr, nachdem er 15 Jahre im Ausland leben mußte, sich ihm die Rückkehr nach Deutschland unmöglich gemacht worden war, wieder die Führung des von ihm im Jahre 1920 gegründeten Reichsverbandes der Baltikumkämpfer (Vereinigung ehemaliger Grenzschutz- und Freikorpskämpfer) übernommen.

Kraftwagenunfall an der Loire. In einem Vorort von Nantes ist infolge des herrschenden Nebels ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen in die Loire gefahren. Zwei im Wagen befindliche Frauen konnten sich nicht rechtzeitig befreien und ertranken.

## Rundfunk

Programm des Reichsenders Stuttgart  
 Donnerstag, 28. März:

- 10.15 Nach Frankfurt: Volksliedsingen
- 10.45 Aus Mannheim: Musikstunde
- 12.00 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 13.15 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 15.15 Volkswellen
- 15.30 Frauenstunde: „Beim arabischen Koffa“
- 16.00 Nach Frankfurt: Nachmittagskonzert
- 18.00 Spanischer Sprachunterricht
- 18.15 Kurzgespräch
- 18.30 „Die schöne Stimme“
- 19.00 Nach Breslau: „Es war einmal ...“
- 20.15 „Liebe und Kaffee“
- 21.00 „Illustrierte Schall-Platte“
- 21.45 Kurzschiffahrt der D.M.F.
- 22.30 „Tanz in den Frühling“
- 23.00 Aus Breslau: „Zeitgenössische Musik“
- 24.00 Aus Frankfurt: Nachtmusik.

Freitag, 29. März:

- 10.15 Wir suchen die Ähnen
- 10.45 H. Tesemann: Sonate in c-moll für Flöte und Cembalo
- 12.00 Nach Frankfurt: Mittagskonzert
- 13.15 Nach Frankfurt: Mittagskonzert
- 15.30 Kinderstunde: Musikus begegnet seinem Rubezahl
- 16.00 Aus Köln: Nachmittagskonzert
- 17.30 Musikstunde
- 18.00 Aus Karlsruhe: Alemannen und Franken im Badenland
- 18.30 „Gespräch im Alltag“
- 19.00 Aus Magdeburg: Unterhaltungsmusik
- 20.15 Aus Hamburg: Stunde der Nation: „Schiff in Not!“
- 20.55 Nach Hamburg: Orchesterkonzert
- 22.30 Karl Kromer, ein Meister des deutschen Volksliedes
- 23.45 „Deutsche Dichtung in Polen — polnische Dichtung in Deutschland“
- 24.00 Nach Frankfurt: Nachtmusik.

Samstag, 30. März:

- 10.15 „Die Osterfeier“
- 10.45 Max Bruch: „Schwedische Tänze“
- 12.00 Aus Köln: Mittagskonzert
- 13.15 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 14.15 Aus Karlsruhe: „Elisabeth Friedrich singt“
- 15.00 Deutsche in Amerika
- 16.00 Aus Köln: Der frohe Samstag-Nachmittag
- 18.00 Achtung! Achtung! Sie hören den Tonbericht der Woche!
- 18.50 Tanz zum Wochenende!
- 20.15 Nach Berlin: „Alle Mann an Bord!“
- 22.30 Aus Breslau: Tanzmusik
- 24.00 Aus Frankfurt: Nachtmusik.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Bahnhof, Wildbad 1, Schwarzwald (Süd. B.). Post. 2 35 710

Wildbad.

Zur Mütterberatungsstunde  
 am Mittwoch den 27. März, nachmittags von 2—3 Uhr,  
 im alten Schulhaus ladet ein  
 Das Jugendamt.

## Geschäftsverlegung

Meiner geschätzten Kundschaft zur Kenntnis,  
 daß ich mein Geschäft nach

**König-Karl-Straße 29**  
 neben Hotel Traube

verlegt habe. — Personenaufnahmen können  
 jederzeit gemacht werden.

**Karl Blumenthal**  
 Hofphotograph

Schützenverein Wildbad e.V. Gegr. 1843  
 Kleinkaliberschützenverein Wildbad

Am Samstag den 30. März 1935, abends 1/2 9 Uhr,  
 findet in der Rennbachbrauerei eine

**außerordentl. Generalversammlung**  
 statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht, Entlastung.
2. Zusammenschluß der beiden Vereine.
3. Wahl des Oberschützenmeisters.
4. Annahme der Einheitsfahne.

Das Schützenmeisteramt.

Empfehle in bekannter  
 Qualität:  
 Junge Sahnen 1.18  
 „ Sühner 1.05  
 „ Enten 1.15  
 Boullarden  
 Forellen  
 Frische Seefische  
 Ad. Blumenthal, Tel. 264

Zuverlässiges, ehrliches  
**Mädchen**  
 das zu Hause schlafen kann,  
 für etwas Hausarbeit, Pflege  
 und Gesellschaft einer älteren  
 Dame zum 1. Mai gesucht.  
 Bei Eignung Dauerstellung.  
 Auskunft durch die Tagblatt-  
 Geschäftsstelle.



Wirken aromatisch ohne Schmerzen No. 1.45

Eberharddrogerie Apoth. K. Plappert

**Möbl. Zimmer**  
 mit zwei Betten od. zwei inein-  
 andergehende Einzelzimmer in  
 ruhiger Lage vom 1.5.—1.10.  
 gesucht.

Schriftl. Angebote mit Preis  
 unter F 73 an die Tagblatt-  
 Geschäftsstelle erbeten.

**Familiendrucksachen**  
 jeder Art liefert in kürzester Frist  
 Wildbader Tagblatt.

Morgen Donnerstag frische  
**Seefische:**  
 Schellfisch  
 Kabliau  
 Kabliau-Filet  
 nur allerbeste Qualität  
 billigst bei  
**Luger Nachl. / A. Strauß.**

SCHOCKEN

Für die Vogelzucht  
 Vogelnest rund,  
 Draht verzinkt, zum 0.15  
 Aufhängen  
 Nestwolle (Schar-  
 pie), Cellulosebeu- 0.15  
 Nest-Eier für Kan-  
 narien, Porzellan, na- 0.10  
 fürich geformt, 45 Stk.  
 Raule zum Ein-  
 stecken von Nest-  
 wolle und Grünzeug 0.15  
 Aufzuchtbisquit  
 bewährte Qualität,  
 Beutel ca. 15 g Inhalt 0.10  
 Bisquit in 5 Stücken,  
 als Lackerbissen 0.08

Eingetroffen direkt ab See:  
**Kabliau** i.g. Fisch Pfd. 23  
**Kabliaufilet** Pfd. 35  
**Büchlinge** Pfd. 26  
**Städtische** Pfd. 20

**Suppenhühner**  
**Pfannkuch**  
 3/4 Rabatt

## Zum Hausputz

- Kernseife 3 Stkde 28 ¢
- Pflichter Stkde 25 ¢
- 2 „ 48 ¢
- Bodenwachs, gelb und weiß  
 Kilo-Dose 75 ¢  
 Pfund-Dose 40 ¢
- Bodenbeize, gelb und braun  
 Kilo-Dose 85 ¢  
 Pfund-Dose 45 ¢
- Schmierseife Pfd. 22 ¢
- Schrubber Stkde von 23 ¢
- Scheuerbürsten  
 Stkde von 20 ¢, an  
 und 3% Rabatt!

Otto Vob Niederlage  
 von  
**Thams & Garfs**  
 Hamburger Kaffee-Lager  
 Wildbad

## Klavier

wenig gebraucht, zu günsti-  
 gem Preise, auch gegen Teil-  
 zahlung, zu verkaufen.  
**Schiedmayer & Söhne**  
 Stuttgart Neckarstr. 16

## Zur Bäckerei für Konfirmation

- Unser bestes Mehl 00  
 5 Pfd.-Beutel 1.15
- Weizenmehl  
 5 Pfd.-Beutel 1.—
- Mandeln 1/2 Pfd. 49 ¢
- Kaselnüsse 1/2 „ 39 ¢
- Sultaninen 1/2 „ 23 ¢
- Bakpulver und Vanillin-  
 zucker 3 Pakete 10 ¢
- Margarine Pfd. 63 ¢
- Gemischte Marmelade  
 (Apfel, Pfirsich, Reine-  
 clauden) offen Pfd. 32 ¢
- Ing. Schweinefleisch  
 Pfd. 90 ¢

Frish eingetroffen:  
**Landbutter** Pfd. 1.40  
 und 3% Rabatt!

Otto Vob Niederlage  
 von  
**Thams & Garfs**  
 Hamburger Kaffee-Lager  
 Wildbad

## Städt. Frauenarbeitschule Wildbad.

Kursbeginn am 24. April 1935.  
 Tageskurse in Wäschenähen, Kleidernähen, Sticken.  
 Abendkurse in Wäschenähen und Kleidernähen.  
 Kursdauer: 24. April bis 26. Juli 1935.  
 Anmeldungen möglichst bald erbeten.

Die Schulleitung.

